

Chronik des Jahres 1936

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **29 (1937)**

Heft 1: **Richtlinien für eine neue Politik**

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352844>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

	Divi- dende für 1934 bezw. 1934/35 in 0/0	Nominal- betrag des Aktien- kapitals	Börsenwert des gesamten Aktienkapitals			Mehrbe- wertung Ende 1936 gegenüber Ende 1935
			Ende 1931	Ende 1935	Ende 1936	
			in Millionen Franken			
Nestlé, Cham	14	97,5	209,6	380,3	546,0	+ 165,7
Aluminium, Neuhausen . .	6,383	60	84	94,8	148,8	+ 54,0
Lonza E.-W. u. chem. Fabriken	—	48	19,2	14,4	25,6	+ 11,2
Brown, Boveri & Co., Baden	—	47	22,8	8,0	26,3	+ 18,3
Sulzer (Holdinggesellschaft) .	—	40	16	10,6	27,4	+ 16,8
Bally (Holdinggesellschaft) .	4,255	32	24	35,2	50,2	+ 15,0
Stahlwerke Fischer, Schaffh. .	—	25	21,5	11,8	23,9	+ 12,1
Maggi (Holdinggesellschaft) .	10	24	72	72,0	87,8	+ 15,8
Maschinenfabrik Oerlikon . .	—	16	16,4	8,0	15,0	+ 7,0
Gesellsch. für chem. Industrie	15	20	47	81,5	109,5	+ 28,0
Industriegesellsch. für Schappe	—	18	17,3	4,2	12,4	+ 8,2
Lokomotivfabrik Winterthur .	—	8,8	5	0,9	3,0	+ 2,1
Konservenfabrik Lenzburg .	6	10	12,2	12,3	15,2	+ 2,9
Chem. Fabrik Sandoz, Basel .	20	10	28,5	58,0	78,0	+ 20,0
14 Industriegesellschaften total	—	456,3	595,5	792,0	1169,1	+ 377,1
Schweiz. Bankverein	4,5	160	171,2	96,0	184,0	+ 88,0
Schweiz. Kreditanstalt . . .	5	150	162	105,0	187,2	+ 82,2
Schweiz. Bankgesellschaft . .	4	40	92	26,4	46,4	+ 20,0
Motor-Columbus	—	93,5	65,3	22,6	58,0	+ 35,4
4 Finanzgesellschaften total	—	443,5	490,5	250,0	475,6	+ 225,6

Der Börsenwert des Kapitals stieg bei den 14 angeführten Industriegesellschaften insgesamt um 377 Millionen Franken, das heisst um 47,6 Prozent. Noch kräftiger war die Hausse bei den vier Finanzgesellschaften. Die Bewertung ist um über 90 Prozent höher als letztes Jahr. Damals betrug der Börsenwert noch die Hälfte des gesamten Nominalkapitals. Ende 1935 ist er bereits wieder höher als das nominelle Kapital.

Fast alle Aktien haben den Kursstand von 1931 überholt, manche nähern sich schon wieder dem Niveau von 1928. Hierin kommt die optimistische Bewertung deutlich zum Ausdruck. Aus der Hausse der Börsenkurse darf selbstverständlich nicht ohne weiteres auf die höhere Rentabilität der Unternehmungen geschlossen werden. Ist auch da und dort eine gewisse Besserung festzustellen, so muss man sich doch bewusst bleiben, dass die Aktienkurse nicht so sehr von den effektiven Gewinnen abhängen als von der Einschätzung der zukünftigen Gewinngestaltung.

Chronik des Jahres 1936.

Schweiz.

- 3. Jan.: Der Bundesrat gewährt der Bank A.-G. Leu & Co. in Zürich einen Fälligkeitsaufschub.
- 9. Jan.: Die Schweiz schliesst mit den Vereinigten Staaten ein neues Handelsabkommen ab.
- 31. Jan.: Das Finanzprogramm II wird im Nationalrat mit 111 gegen 63, im Ständerat mit 38 gegen 3 Stimmen angenommen. Es enthält eine neue Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen, die Erhöhung der Krisenabgabe und der Stempelabgaben und einige Fiskalzölle.

4. Febr.: Der Leiter der Landesgruppe Schweiz der N.S.D.A.P., Wilhelm Gustloff, wird in Davos durch den Jugoslawen David Frankfurter ermordet.
18. Febr.: Der Bundesrat beschliesst, die Landesleitung und die Kreisleitungen der N.S.D.A.P. in der Schweiz nicht mehr zuzulassen.
23. Febr.: In Baselstadt und in Baselland wird das Volksbegehren auf Wiedervereinigung der beiden Halbkantone angenommen.
7. Juni: Der sozialdemokratische Parteitag beschliesst mit 263 gegen 255 Stimmen die Ablehnung der Wehrvorlage.
11. Juni: Die Bewilligung eines Kredites von 235 Millionen Franken für die Verstärkung der Landesverteidigung und die Aufbringung der Mittel durch eine Wehranleihe werden vom Nationalrat mit 139 gegen 10 Stimmen bei 12 Enthaltungen und im Ständerat mit 36 gegen 0 Stimmen beschlossen.
11. Juni: Im Nationalrat werden die Motionen zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Russland mit 96 gegen 72 Stimmen abgelehnt.
12. Juni: Der Bundesrat beschliesst die Allgemeinverbindlicherklärung einer Trinkgeldverordnung für das Hotelgewerbe.
20. Juni: Der Bundesbeschluss betr. die Ueberwachung von Warenpreisen ordnet die Ueberwachung der Preise von Waren, bei denen durch staatliche Schutzmassnahmen oder kartellmässige Zusammenschlüsse die freie Preisbildung verhindert ist.
22. Juni: Der Bundesrat erlässt einen Bundesratsbeschluss zum Schutze der Landeswährung, in dem die Bestrafung von gewissen Spekulationsgeschäften und die Bestrafung der Verbreitung unrichtiger Nachrichten, die der Landeswährung schaden, angedroht werden.
29. Juni: Ein Volksbegehren zur Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Bürger wird mit 58,690 gültigen Unterschriften eingereicht.
5. Juli: Die «Via Vita» organisiert einen eintägigen Autostreik als Protest gegen den Bundesratsbeschluss, der den Beimischungszwang von Alkohol zum Benzin vorsieht.
6. Juli: Die Schweiz schliesst mit Deutschland ein neues Verrechnungsabkommen ab.
8. Juli: Die Sanktionen gegen Italien werden aufgehoben.
6. Aug.: Die Verfassungsinitiative betr. Arbeitslosenversicherung wird mit 170,537 gültigen Stimmen eingereicht.
14. Aug.: Der Bundesrat verbietet die Ausfuhr von Waffen und Munition nach Spanien und die Teilnahme an den Kämpfen.
26. Aug.: Die Kommunistische Partei reicht ein Volksbegehren gegen die dringlichen Bundesbeschlüsse und zur Wahrung der demokratischen Volksrechte mit 53,416 gültigen Unterschriften ein.
26. Sept.: Der Bundesrat beschliesst die Abwertung des Schweizerfrankens um ungefähr 30 Prozent und ermächtigt das Volkswirtschaftsdepartement zur Festsetzung von Preisvorschriften.
2. Okt.: Der Bundesrat beschliesst die Herabsetzung von verschiedenen Zöllen im Interesse der Niedrighaltung der Lebenskosten. In den nächsten Tagen werden weitere Einfuhrerleichterungen und Mass-

nahmen zur Verhinderung der Teuerung getroffen. Ferner wird ein Kredit von 8 Millionen Franken zur Verfügung gestellt, um bis Ende 1936 die Brot- und Mehlpriiserhöhungen zu verhüten.

9. Okt.: In einem Bundesratsbeschluss werden die Arbeitsbestimmungen für Heimarbeiter und Kleinbetriebe in der Uhrenindustrie geordnet.
- 10./11. Okt.: Der schweizerische Gewerkschaftskongress in Bern nimmt Stellung zu der heutigen Wirtschafts- und Sozialpolitik und beschliesst seine Zustimmung zu den Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie.
16. Okt.: Für die Wehranleihe werden rund 330 Millionen Franken gezeichnet. Der ganze Betrag wird vom Bundesrat entgegengenommen. 100 Millionen Franken sollen in einen Fonds gelegt werden für spätere Bedürfnisse der Landesverteidigung.
3. Nov.: Der Bundesrat beschliesst Massnahmen gegen die kommunistischen Umtriebe in der Schweiz. Aus dem Ausland eingeführte kommunistische Schriften und in der Schweiz herausgegebene Drucksachen, die die innere oder äussere Sicherheit gefährden, können beschlagnahmt werden.
10. Nov.: Der Bundesrat beschliesst die Schaffung einer freiwilligen Grenzschutzkompanie.
18. Dez.: Die Bundesversammlung beschliesst eine Teilrevision des Obligationenrechts. Die Neuerung betrifft den Abschnitt Gesellschaftsrecht und soll am 1. Juli 1937 in Kraft treten.
22. Dez.: Es wird eine Volksinitiative betreffend Kontrolle der Rüstungsindustrie und des Handels mit Kriegsmaterial eingereicht.
23. Dez.: Die Bundesversammlung stimmt einem Bundesbeschluss betreffend Arbeitsbeschaffung zu, der einen neuen Kredit von 30 Millionen Franken und die Erweiterung der Bestimmungen über Arbeitsbeschaffung vorsieht. Ferner beschliesst sie die Erneuerung und teilweise Aenderung des Bundesbeschlusses über die Krisenhilfe für Arbeitslose.
23. Dez.: Der Bundesrat beschliesst, die italienische Oberhoheit über Abessinien de jure anzuerkennen.

Ausland.

23. Jan.: Das Kabinett Laval reicht seine Demission ein. Die neue französische Regierung wird von Sarraut (Radikaler) gebildet.
16. Febr.: In Spanien bringen die Parlamentswahlen den Sieg der Volksfront. Von den 473 Abgeordnetenmandaten erhalten die Linksparteien 251 Sitze.
7. März: Deutsche Truppen marschieren in die entmilitarisierte Rheinzone ein. Dadurch werden Bestimmungen der Verträge von Versailles und Locarno übertreten.
29. März: In Deutschland werden neue «Reichstagswahlen» abgehalten, die gleichzeitig als Volksbefragung über das Einverständnis mit der Besetzung der entmilitarisierten Rheinzone aufzufassen seien. Mit der bisherigen Politik erklärten sich 99 Prozent der Wähler ein-

verstanden, wobei aber die leer eingelegten Stimmen als zustimmend gezählt wurden.

- 3. Mai: Die neuen K a m m e r w a h l e n in F r a n k r e i c h bringen der Volksfront einen eindeutigen Sieg. Von 618 Mandaten erhält sie 381. Stark zugenommen haben die Kommunisten und die Sozialdemokraten.
- 9. Mai: Der grosse Faschistenrat beschliesst die A n n e x i o n A b e s s i n i e n s. Marschall Badoglio wird zum Generalgouverneur von Abessinien ernannt.
- 24. Mai: Die K a m m e r w a h l e n in B e l g i e n bringen einen starken Rückgang der Katholiken. Die faschistische Gruppe der Rexisten zieht neu in die Kammer ein. Das neue Kabinett wird auf der Basis des alten gebildet mit dem Unterschied, dass die Sozialisten zwei Ministerien mehr erhalten.
- 31. Mai: Ein Streik der französischen Metallarbeiter wird erfolgreich mit einer zehnprozentigen Lohnerhöhung abgeschlossen. In den nächsten Tagen setzt sich die Streikwelle in ganz Frankreich fort. Verschiedene Betriebe werden mehrere Tage von den Arbeitern besetzt. Die Bewegungen dauern bis Mitte Juli an und werden fast überall zugunsten der Arbeiter abgeschlossen.
- 4. Juli: Das Kabinett Sarraut in Frankreich demissioniert. An seine Stelle tritt die Volksfrontregierung unter dem Vorsitz von Léon Blum.
- 13. Juli: In Frankreich wird ein Gesetz über die Einführung der Vierzigstunden-Woche angenommen.
- 15. Juli: In Belgien brechen grosse Lohnkonflikte mit Streiks aus. Durch Vermittlung der Regierung können die Bewegungen bald abgeschlossen werden. Die meisten Forderungen der Arbeiter werden erfüllt.
- 15. Juli: Die s c h w e d i s c h e sozialdemokratische Regierung tritt zurück. Der Führer der Agrarpartei wird mit der Regierungsbildung beauftragt.
- 4. Juli: Die Völkerbundsversammlung beschliesst die Aufhebung der Sanktionen gegen Italien.
- 17. Juli: Die französische Kammer beschliesst die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.
- 18. Juli: In den Garnisonen von Spanisch-Marokko ist ein Militäraufstand ausgebrochen, der sich in ganz Spanien zu einem faschistischen Aufstand gegen die Republik und zu einem monatelang andauernden Bürgerkrieg ausdehnt.
- 24. Aug.: Deutschland führt die zweijährige Dienstzeit ein.
- 25. Aug.: 16 vom obersten Gerichtshof der Sowjetunion zum Tod verurteilte ehemalige Mitarbeiter Lenins, darunter Sinowiew, werden erschossen.
- 20. Sept.: Die Wahlen zum schwedischen Reichstag bringen den Sozialdemokraten einen grossen Erfolg. Sie erhalten 46 Prozent aller Stimmen und 112 Mandate, die Konservativen 18 Prozent der Stimmen und 44 Mandate, die Agrarpartei 14 Prozent der Stimmen und 36 Mandate, die freisinnige Volkspartei 13 Prozent der Stimmen und 27 Mandate, die Klimbom-Sozialisten 4,4 Prozent der Stimmen und 6 Mandate, die Kommunisten 3,3 Prozent der Stimmen und 5 Mandate, die Nationalsozialisten 0,7 Prozent der Stimmen ohne Mandat.

Die bisherige Bauernregierung erklärt den Rücktritt. Die neue Regierung wird vom Chef der Sozialdemokratischen Partei, Hansson, gebildet.

26. Sept.: Der französische Franken wird um rund 30 Prozent abgewertet.
27. Sept.: Holland erlässt ein Goldausfuhrverbot und schreitet damit zur Abwertung des Guldens.
5. Okt.: Italien beschliesst die Abwertung der Lira.
15. Okt.: Der König der Belgier erklärt, dass Belgien zur Neutralitätspolitik zurückkehre.
20. Dez.: Bei den Wahlen zum norwegischen Storting konnte die regierende Arbeiterpartei ihre Sitzzahl von 69 auf 71 erhöhen. Sie erhielt 42 Prozent der Stimmen, die Konservativen 21 Prozent und 36 Mandate, die Liberalen 16 Prozent der Wahlstimmen und 23 Mandate, die Bauern 11 Prozent der Stimmen und 18 Mandate. Zwei weitere Sitze fielen der christlichen Volkspartei zu. Die übrigen Kleinparteien, die sich an den Wahlen beteiligten, konnten keine Mandate erhalten.
3. Nov.: In den Vereinigten Staaten wurde der bisherige Präsident Roosevelt mit überwiegendem Mehr wiedergewählt. Er erhielt über 24 Millionen Stimmen; sein Gegenkandidat Landon 13 Millionen.
24. Nov.: Carl Ossietzky wird der Friedensnobelpreis für 1936 zuerkannt.
25. Nov.: Zwischen Deutschland und Japan wird ein Abkommen abgeschlossen, das die Bekämpfung des Kommunismus erstrebt.
11. Dez.: Der englische König Eduard VIII. dankt ab, da das Kabinett und das Parlament die Zustimmung zu seinen Heiratsplänen verweigern. Als Nachfolger besteigt sein Bruder Georg VI. den Thron.

Arbeitsrecht.

Haftung des Dienstherrn.

Einem Bureauangestellten wurde während der Arbeitszeit ein Mantel entwendet. Er hatte ihn an dem von der Arbeitgeberin bezeichneten Platz in einem Korridor aufbewahrt. Da täglich zahlreiche Besucher durch diesen Gang gingen, wurde die Garderobeeinrichtung als unzulänglich erklärt und der Arbeitgeberin die Haftung für den gestohlenen Gegenstand auferlegt.

Kündigung wegen Krankheit.

Nach Obligationenrecht Art. 352 darf aus wichtigen Gründen der Arbeitsvertrag sofort, ohne Einhaltung der Kündigungsfrist, aufgelöst werden. Als wichtiger Grund kann jedoch in keinem Fall eine unverschuldete Krankheit von verhältnismässig kurzer Dauer gelten. Ein Officebursche wurde entlassen, weil er während zwei Tagen wegen Kopfschmerzen die Arbeit unterbrach und sich beim Wirt nicht krank gemeldet hatte. Das Gewerbegericht Bern entschied, dass der Arbeitgeber nicht zur fristlosen Entlassung berechtigt gewesen sei, sondern dass dafür nur «schwer gravierende Verfehlungen» in Betracht kommen können.